

NR. 11 | 06.06.2014 |

Stärkung der Tarifautonomie

Mindestlohn nur mit Augenmaß

Am Donnerstag hat der Bundestag über das Thema Mindestlohn beraten. Es ging in erster Lesung um das Tarifautonomiestärkungsgesetz, mit dem ein Mindestlohn ab 2015 eingeführt wird. Als Mindestlohn definiert der Entwurf einen Brutto-Stundenlohn von 8,50 Euro, der jedoch erst ab 2017 voll greift, da in einer Übergangsphase bis Ende 2016 auch Tarifverträge unterhalb dieser Grenze weiter bestand haben.



Foto: picture alliance/ZB

In Deutschland gelten grundsätzlich für die Mehrheit der Beschäftigten Tarifverträge. Allerdings hat die Tarifbindung stark abgenommen. Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder diese nur in geringem Maße wirken, erhalten die Tarifpartner künftig neben den Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, auch die Möglichkeit, in einer Mindestlohnkommission die Anpassung eines allgemeinen Mindestlohnes zu beschließen.

Keine Arbeitsplätze gefährden

Ziel der CSU-Landesgruppe in den jetzt beginnenden parlamentarischen Beratungen, ist es, alles dafür zu tun, dass der Mindestlohn keine Arbeitsplätze gefährdet. So konnte sich die CSU-Landesgruppe bereits mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen: Ausgenommen vom Mindestlohn sind unter anderem Unter-18-Jährige ohne Berufsausbildung, Praktikanten, Ehrenamtliche und Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten

eines neuen Arbeitsverhältnisses. Noch nicht im Einzelnen geklärt sind die Modalitäten bei den Saisonarbeitskräften, den Zeitarbeitskräften und den Taxifahrern. Da sieht die CSU-Landesgruppe noch Diskussionsbedarf. Fest steht jedoch: Es wird einen flächendeckenden Mindestlohn geben, so steht es im Koalitionsvertrag – allerdings mit vernünftigen Ausnahmen. Die CSU-Landesgruppe steht dafür, dass es nur

einen Mindestlohn mit Augenmaß gibt. „Unser Erfolgsrezept lautet Soziale Marktwirtschaft“, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Stracke. Diese beinhaltet aber nicht Dumpinglöhne und Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechteste Bezahlung. Leistung müsse fair bezahlt werden. Dies zu gewährleisten, sei Aufgabe der Tarifpartner. „Deswegen wollen wir die Tarifbindung in diesem Land stärken und unterstützen“. Dazu gehört auch ein Mindestlohn, den die Tarifpartner in einer Mindestlohnkommission festlegen.



Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Mai fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, deren Ergebnisse jetzt sorgfältig analysiert und aufbereitet werden müssen.

Die Wahl hat eines aber klar gezeigt: Wir brauchen eine permanente Beschäftigung nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Bevölkerung mit europapolitischen Themen. Dabei kann und muss der Deutsche Bundestag einen wichtigen Beitrag leisten. Seit 2009 sind die größeren Informations- und Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente ausdrücklich im Vertrag über die Europäische Union verankert. Daraus folgen nicht nur Rechte, sondern auch die Pflicht, sich mit wichtigen europäischen Vorhaben frühzeitig zu beschäftigen und die Interessen der Menschen in Deutschland in der EU einzubringen. Mit Manfred Weber als Fraktionsvorsitzendem der Europäischen Volkspartei, Angelika Niebler als Vorsitzender der CSU-Europagruppe und den anderen CSU-Abgeordneten hat die CSU im Europäischen Parlament dazu erstklassige Ansprechpartner.

Theo Waigel hat die Grundlage für einen stabilen Euro gelegt, der unserer Wirtschaft eine gute Geschäftsgrundlage gibt. Der Euro kann aber nur stabil bleiben, wenn sich alle an die vereinbarten Regeln halten und nicht bei den ersten Anzeichen von Schwierigkeiten eine Sonderbehandlung verlangen. In der Wirtschafts- und Währungsunion haben nationale Entscheidungen automatische Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten. Gerade deshalb müssen wir unbedingt am eingeschlagenen Stabilitätskurs festhalten und dürfen die Fehler von Rot-Grün mit dem Aufweichen des Euro-Stabilitätspakts nicht wiederholen. Jetzt heißt es: Kurs halten!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

99. Deutscher Katholikentag in Regensburg

CSU-Landesgruppe auf der Katholikentagsmeile

Mit einem festlichen Gottesdienst im Stadion an der Universität ist am vergangenen Sonntag der 99. Deutsche Katholikentag in Regensburg zu Ende gegangen. An der heiligen Messe unter der Leitung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, nahmen 20.000 Menschen teil.



Foto: KDFB

Besuch am Stand des Katholischen Deutschen Frauenbundes v.l.n.r.: Erika Schnappinger, Margot Ampferl, Rosina Pallauf, Gerda Hasselfeldt, Lieselotte Feller, Rose Schmidt, Karin Schlecht

Katholikentage sind seit mehr als 160 Jahren ein Spiegelbild des Lebens in der katholischen Kirche: bunt und vielfältig, ernst und fröhlich, geistlich und politisch. Katholikentage greifen zentrale christlich-soziale Fragen auf und haben in der Vergangenheit den Weg für eine Sozialordnung in Deutschland geebnet. Vom 28. Mai bis 1. Juni 2014 ging es in Regensburg um Fragen und Themen, die

die Katholiken in der heutigen Gesellschaft bewegen. Das Treffen stand unter dem Leitwort „Mit Christus Brücken bauen“. Zu den prominenten Gästen gehörten Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer sowie zahlreiche Bundestagsabgeordnete sowie Bundes- und Landesminister. Die Vorsitzende

der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, machte am vergangenen Freitag einen Rundgang über die „Katholikentagsmeile“. In den Zelten der Meile präsentierten sich katholische Organisationen, kirchliche Verbände und Vereine, Hilfswerke, Bistümer und Ordensgemeinschaften.



Foto: KDFB

Die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Gespräch auf der Katholikentagsmeile.

Diese Woche

- | | |
|--|---|
| Stärkung der Tarifautonomie
Mindestlohn nur mit Augenmaß | 1 |
| 99. Deutscher Katholikentag in Regensburg
CSU-Landesgruppe auf der Katholikentagsmeile | 2 |
| Bundestags-ABC
Was ist eine Anhörung? | 2 |
| Regierungserklärung G7-Gipfel
„Europa hat Großbritannien viel zu verdanken“ | 3 |
| Sichere Herkunftsländer
Anstieg stoppen | 3 |
| Elterngeld-Plus
Mehr Zeit für die Familie | 3 |
| „Ghettorente“
Anspruch verbessern | 4 |
| Attraktivität der Bundeswehr steigern
„In uns haben sie verlässlichen Partner“ | 4 |

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eine Anhörung?

Eine Anhörung ist ein Informationsinstrument, das die Parlamentarier in Bundestagsausschüssen nutzen, um sich die Meinung von Experten und Betroffenen eines zukünftigen Gesetzes einzuholen.



Foto: © Deutscher Bundestag/Werner Schüring

Der Weg bis ein Gesetz geschrieben ist und wirksam wird, ist mitunter sehr lang und mit vielen Beratungen verbunden. Je komplexer die Thematik ist, umso mehr sind die Mitglieder des Bundestags auf das Wissen von Experten angewiesen. Daher laden die jeweils zuständigen Ausschüsse des Bundestags häufig Sachverständige und Interessenvertreter zu Anhörungen. Eine Anhörung kann auch dazu dienen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu einem bestimmten Thema zu erhöhen. Sie finden zum Teil auch öffentlich statt, wobei entsprechende Protokolle und Stellungnahmen aus diesen öffentlichen Anhörungen auch online einzusehen sind.

In den Anhörungen geht es dann unter anderem darum, die Notwendigkeit von Maßnahmen und deren Folgen abschätzen zu können. Anhörungen ermöglichen damit, die gesellschaftlichen Gruppen, die von einem Gesetz betroffen sind, an der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung teilhaben zu lassen. Häufig kommt es auch unter den Sachverständigen, die die Fraktionen benennen, zu unterschiedlichen Bewertungen. Daher ist es umso notwendiger, verschiedene Experten und auch die Vertreter betroffener Gruppen zu hören, damit die Abgeordneten frei und selbstbestimmt eine Entscheidung zum diskutierten Gesetz treffen können.

Regierungserklärung G7-Gipfel

„Europa hat Großbritannien viel zu verdanken“

Am Mittwoch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Plenum des Deutschen Bundestages eine Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 27. Mai 2014 in Brüssel sowie zum G7-Gipfel am 4./5. Juni 2014 in Brüssel gegeben.

Zunächst sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel von einer ermutigenden Entwicklung der Weltkonjunktur. Man dürfe aber „nicht übersehen, dass jedes noch so gute Wachstum auf tönernen Füßen stehen würde, wenn wir nicht weiter konsequent daran arbeiten, die Lehren aus den verheerenden weltweiten Finanzkrisen von 2008 zu ziehen“. Noch seien Regulierungslücken zu schließen, sagte die Bundeskanzlerin. „Mit der Entfernung zur Krise werden die Beschlüsse eher beschwerlicher.“ Zur anstehenden Nominierung eines Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, betonte Merkel ihre Unterstützung für Jean-Claude Juncker. Großbritannien sei „wahrlich kein bequemer Partner“, aber Europa habe Großbritannien auch viel zu verdanken, sagte Merkel unter Verweis auf dessen Rolle bei der Be-



Foto: Tobias Koch

freiung vom Nationalsozialismus. Die Bundesregierung verfolge seit dem Beginn der Ukraine-Krise eine „Politik des Dreiklangs“, betonte Merkel. Neben der „gezielten Unterstützung der Ukraine“ stehe als zweites „das unablässige Bemühen, im Dialog mit Russland diplomatische Lösungen in der Krise zu finden“.

Der europapolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn be-

tonte in der anschließenden Debatte: „Die Annexion der Krim durch Russland war und ist eine massive Verletzung des geltenden Völkerrechts“. Das sei mit unseren gemeinsamen Werten in keiner Weise vereinbar. „Deshalb war der Schritt, nur unter den G7 zu tagen, notwendig und richtig – im Sinne unserer Glaubwürdigkeit und unserer Prinzipientreue und für uns Deutsche insbesondere auch im Spiegel unserer Geschichte“, so Hahn.

Sichere Herkunftsländer



Foto: picture alliance/ZB

Anstieg stoppen

Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina sollen nach dem Willen der Bundesregierung asylrechtlich als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Dies geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung hervor, der am Freitag in erster Lesung debattiert wurde.

Seit der Aufhebung der Visumpflicht ist die Zahl der in Deutschland von Staatsangehörigen dieser Staaten gestellten Asylanträge sprunghaft angestiegen. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl, Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz nach der EU-Qualifikationsrichtlinie liegen laut Bundesregierung jedoch nur in wenigen Einzelfällen vor.

Elterngeld-Plus

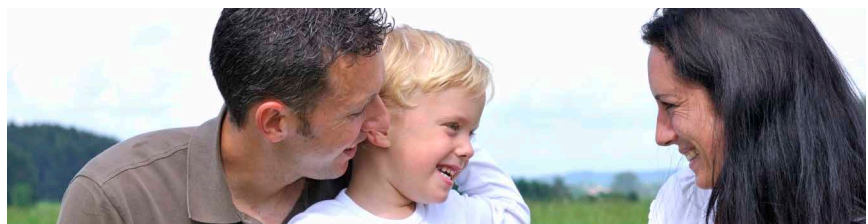


Foto: picture alliance/chromorange

Mehr Zeit für die Familie

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Einführung des Elterngeld- Plus beschlossen. Väter und Mütter sollen künftig länger Elterngeld beziehen können, wenn sie nebenher in Teilzeit arbeiten.

„Wir wollen Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Frauen und Männer gleichermaßen dabei unterstützen, Familie und Beruf zu vereinbaren“, so der familienpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Stracke. Junge Eltern wollten häufig in gleichem Umfang erwerbstätig sein und sich gleichermaßen um Haushalt und Familien kümmern. Diese Wünsche greife der Gesetzentwurf auf und sichere die Teilzeittätigkeit von Eltern nach der Geburt eines Kindes wirtschaftlich ab. Mit dem ElterngeldPlus können

Teilzeit arbeitende Eltern künftig länger Elterngeld beziehen und Einkommensverluste ausgleichen, die ihnen bisher entstanden. Die Flexibilisierung der Elternzeit ist ein weiterer Schritt zu mehr Zeit für die Familie. Die Möglichkeit, Elternzeit zwischen dem dritten und dem achten Lebensjahr des Kindes in Anspruch zu nehmen, wird von bisher 12 auf bis zu 24 Monate ausgeweitet. Das stärkt die Zeitsouveränität der Eltern und erleichtert den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben, weil wertvolle Zeit für die Familie nicht verloren geht“.

Drei Fragen an Stefan Müller zum Thema „Bildungsmilliarden“

Wem kommen die vereinbarten 6 Milliarden Euro zugute?

Profitieren werden Kinder, Jugendliche und junge Menschen. Denn von den zusätzlichen Bildungsinvestitionen von insgesamt 6 Milliarden Euro werden eine Milliarde in Kitas und Krippen, fünf Milliarden Euro in Wissenschaft, Schule und Hochschulen fließen. Indem der Bund den bisherigen Länderanteil am BAföG übernimmt, schafft er bei den Ländern Freiräume, in Bildung zu investieren. Zusätzlich setzt der Bund sein Engagement beim Hochschulpaket fort, mit dem er jeden neuen Studienplatz zur Hälfte finanziert. Es geht aber nicht nur um zusätzliches Geld. Wir haben die Verhandlungen über die sogenannten Bildungsmilliarden auch zu einer strategischen Entscheidung genutzt: Die Große Koalition wird mit einer Grundgesetzänderung möglich machen, dass Bund und Länder im Wissenschaftsbereich langfristig zusammenarbeiten können. Das ist eine weitreichende und zukunftswei-



Foto: Henning Schacht

Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller (CSU)

sende Entscheidung für Deutschland insgesamt. Denn wir stehen in einem weltweiten Wettbewerb um gute Forschungsbedingungen und Innovationen.

Wird Bayern davon profitieren?

Bayern hat ein erfolgreiches Schulsystem und starke Hochschulen. Mit der Entlastung beim BAföG, die für Bayern 155 Millionen Euro im Jahr ausmacht, werden wir diesen Kurs fortsetzen können. Insbesondere die bayerischen Hochschulen bekommen angesichts des großen Interesses am Studium Spielraum für

zusätzliche Investitionen. Die Mittel werden vor allem für gute Studienbedingungen und qualitativ hochwertige Forschung an den Hochschulen eingesetzt – und damit allen Studentinnen und Studenten zugutekommen. Das wird zu einer weiteren Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandort Bayern führen.

Wie stellen Sie sicher, dass die Länder das Geld auch tatsächlich in die Bildung investieren?

Die Länder haben sich ausdrücklich verpflichtet, die frei werdenden Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule zu verwenden. Ich gehe davon aus, dass diese Zusage eingehalten wird. Da die Entlastung für jedes Land rechnerisch leicht nachzuvollziehen ist, würde es außerdem auffallen, wenn Gelder anderweitig verwendet werden. Die Öffentlichkeit wird sehr wachsam sein, dass die Mittel tatsächlich in Bildung und Wissenschaft fließen – und damit in die entscheidenden Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

„Ghettorente“



Foto: picture alliance/dpa-Zentralbild

Anspruch verbessern

Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in einem Ghetto arbeiten mussten, sollen leichter ihre Rentenansprüche durchsetzen können. Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf mit dem Ziel vorgelegt, dass in diesen Fällen die vierjährige Rückwirkungsfrist nicht greift und dabei die für die Zahlungsberechtigten jeweils günstigste Lösung erreicht wird. Von den „überwiegend hochbetagten NS-Verfolgten“, werde die auf vier Jahre begrenzte Nachzahlung der Renten „trotz der Zuschläge als großes Unrecht empfunden“. Deshalb, so heißt es in dem Entwurf, wolle die Bundesregierung „diesen offensichtlich unbefriedigenden Zustand“ verbessern.

Attraktivität der Bundeswehr steigern



Foto: CSU-Landesgruppe

„In uns haben sie verlässlichen Partner“

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende hat mit dem neuen Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbands, Oberstleutnant André Wüstner, über aktuelle Anliegen der Bundeswehr gesprochen.

„Die CSU-Landesgruppe fühlt sich den Soldaten der Bundeswehr eng verbunden. In uns haben sie einen verlässlichen Partner“, sagte Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Gespräch mit Oberstleutnant Wüstner. Er vertritt die Interessen von 200.000 aktiven und ehemaligen Soldaten sowie den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Mit Gerda Hasselfeldt sprach er über die aktuellen Herausforderungen bei Einsätzen, Strukturreform und Ausstattung. Hasselfeldt sicherte zu, die Anliegen

der Bundeswehr bei der Umsetzung der Bundeswehrreform und insbesondere bei den Beratungen zu den anstehenden Gesetzen einzubringen.

Die Maßnahmen sollen dabei vor allem die Attraktivität der Bundeswehr, beispielsweise durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Dienst, steigern. Ebenso wichtig wie attraktive Rahmenbedingungen sei für sie eine moderne, technische Ausstattung der Bundeswehr, betonte Hasselfeldt.